

HERAUSGEGEBEN VOM ZENTRALRAT
NR. 65 - 01. MAI 2015 - 1,- EURO

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



Спасибо

Как луч света в темном царстве

Wie ein Licht in dunkler Nacht.
Euer Sieg - Die Befreiung!

8. Mai 1945



Sowjetische Infanteristen und Panzerbesatzungen feiern die Befreiung vor dem Brandenburger Tor, Mai 1945

<i>INHALT</i>	<i>SEITE</i>
<i>Im Westen nichts Neues?</i>	3
<i>Unser Symbol ist die aufgehende Sonne</i>	5
<i>Nie wieder Heiligendamm! Stoppt den deutschen Kriegskurs in Elmau!</i>	6
<i>Verhindert das Programm der Berliner Ermächtigungsregierung zur Inhaftierung von Flüchtlingen, Flugblatt der FDJ Gruppe FFM</i>	8
<i>Wehrt Euch gegen Hirnverheerer, die uns erziehen wollen zur Schlächtertugend!</i>	10
<i>Die Selbstbefreiung von Buchenwald</i>	12
<i>So feiert Deutschland die Befreiung Buchenwalds - deutsche Militärstiefel auf dem Appelplatz</i>	13
<i>Widersprich dem Morden!</i>	13
<i>Tarifverträglich - nur für wen?</i>	14
<i>Arbeiten in der Zuhälterei - oder für eine bessere Zukunft?</i>	15
<i>Und wartet nicht, bis am Ende sie sind, ein Ende erlebet ihr nie</i>	16
<i>Gegem Abmahnungen bei Daimler</i>	17
<i>Reichstagskuppel und Krokodil</i>	18
<i>„Ein Kulturhaus erzählt!“ von Kunst, Kultur, dem Klassenkampf und dass man seinem Feind nicht die Hand reicht!</i>	19
<i>Peoples of Europe Rise Up</i>	22
<i>Zur Rückseite</i>	23

Demnächst beim Zentralrat erhältlich:

Broschüre zur Geschichte der FDJ und den Angriffen der Reaktion gegen sie.

Ab sofort zu bestellen unter kontakt@fdj.de.

Solipreis: 3€.

Abonnement / Impressum

*Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 €
(Förder-Abonnement: 15 Euro).*

Den Betrag habe ich

() in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.

() auf das Konto Nr.: 55 83 82 20 05

bei der Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

Spendenkonto:

Inhaber: FDJ, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, Konto Nr.: 55 83 82 20 05

*Die FANFARE ist das Infoblatt der
Freien Deutschen Jugend.*

Herausgeber ist der FDJ Zentralrat.

Quellen- und Bildnachweise auf

Anfrage. Sämtliche Artikel geben

lediglich die Meinung

des Verfassers wieder.

Herausgeber: FDJ Zentralrat; E.i.S

Vi.S.d.P.:

*M. Wildmoser, c/o FDJ Zentralrat,
Karl-Liebknecht-Haus,*

Weydingerstr 14-16, 10178 Berlin

Tel./Fax: 030-24 00 92 11,

Mail: Fanfare@FDJ.de, Internet:

www.FDJ.de



FDJ-Block auf der Nato-Sicherheitskonferenz in München im Februar. Alle Träger der FDJ-Transparente und Fahnen wurden am Ende der Demonstration in polizeiliches Gewahrsam genommen. Jede Organisation gegen den deutschen Krieg soll von Beginn an verhindert werden.

Die FDJ im Visier der Kriegstreiber, aktuell in München

Seit es die FDJ gibt und das nunmehr seit fast 80 Jahren, wird sie vom Staat des deutschen Kapitals verfolgt und angegriffen. Mit KZ und Gefängnis, Verleumdung und Knüppel, Verbot und Klassenjustiz, finanzieller Erdrosselung mittels der Treuhand und Umschreibung der Geschichte. Die Formen des Angriffs und auch das Maß an Gewalt waren sehr unterschiedlich, aber sie waren immer vorhanden. Seit Februar greifen die bayerische Polizei und Justiz die FDJ wieder in München an.

Zwei Seiten

So wie es immer zwei Deutschlands gab, das Deutschland des Militarismus und des Krieges, der Krupps und der Deutschen Bank und das andere Deutschland des Kampfes der Arbeiter und des Volkes (40 Jahre war dieser Klassenkampf auch durch zwei deutsche Staaten und zwei Systeme manifestiert), so gab es auch immer zwei München: Das München als „Hauptstadt der Bewegung“ mit dem KZ Dachau vor seiner Tür, das München der Kriegsindustrie und der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (Franz Josef Strauß über die CSU). Aber auch das andere München der Bayerischen Räterepublik, der Weißen Rose, des ermordeten Friedenskämpfers Phillip Müller und der antifaschistischen

„Stopp Strauß“-Bewegung. Das reaktive München mit seinem Staatsapparat greift jetzt wieder das andere München an.

Was ist geschehen und warum?

Seit Anfang Februar erfolgten in München 14 Festnahmen und unzählige

wird mit Festnahmen und Strafverfolgung beantwortet. Warum?

Die FDJ wurde ab 1936 von Jugendlichen unterschiedlicher Weltanschauung, die aufgrund faschistischer Verfolgung emigriert waren, im Exil gegründet, um im Kampf gegen Faschismus und Krieg die Spaltung unter der Jugend zu überwinden. Nach der Befreiung 1945 kämpfte die FDJ für die Umsetzung des

Im Westen nichts Neues?

Beschlagnahmungen von Flugblättern und Kundgebungsmitteln und jetzt auch die ersten, rechtswidrig durchgeführten Hausdurchsuchungen gegen Jugendliche, die das Symbol der Freien Deutschen Jugend, eine gelbe aufgehende Sonne auf blauem Grund, zeigten. Die Münchner Polizei nahm beispielsweise am Jahrestag der Ermordung der „Weiße Rose“-Mitglieder junge Antimilitaristen fest, die sich gegen das Auftreten der Bundeswehr auf einer Freizeitmesse wehrten und verhaftete bei Protesten gegen die „Bagida“-Rassisten jugendliche Flüchtlinge. Unsere Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigung werden ausgehebelt und jegliches öffentliche Auftreten

Potsdamer Abkommens und ein friedliches, sozialistisches Deutschland, in dem den Nazis und Kapitalisten die ökonomische und politische Macht genommen ist. Im Osten Deutschlands nahm sie am Aufbau des Sozialismus teil, im Westen



„Zusammenhalten gegen Rassistschweine aller Art“
Auf einer der nachfolgenden Demonstrationen gegen den Münchner Ableger des Pegida Mobs. Bei einer vorhergehenden Demonstration gegen Mügida hatte die Münchner Polizei zwei minderjährige Flüchtlinge, die ein FDJ Transparent mitgetragen hatten rechtswidrig mitgenommen, über mehrere Stunden festgehalten und ohne Dolmetscher verhört.



Beim kleinen Antikriegszug Klassenkampf statt Weltkrieg im Februar auf dem Marienplatz in München.

richtete sich ihre Aktivität v.a. gegen die Remilitarisierung und die Spaltung des Landes. Dafür wurde die Organisation zwei Jahre nach Gründung der BRD verboten und allein in den Jahren 1950 bis 1955 über 1.000 Jahre Gefängnisstrafen gegen junge Kriegsgegner verhängt. Darum wurde der Münchner Jungarbeiter und FDJler Philipp Müller 1952 von der westdeutschen Polizei erschossen.

Das von ausgewiesenen Hitlerfaschisten beschlossene Verbot der FDJ in Westdeutschland ist allerdings seit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik obsolet, weil mit dem anderen Staat auch die dort existierenden Organisationen einverleibt wurden. So urteilte das Amtsgericht München bereits 1991, dass die FDJ eine in beiden Teilen Deutschlands zugelassene, legale Jugendorganisation ist. Die Münchner Staatsanwaltschaft hat heute kein Gesetz oder Gerichtsurteil auf ihrer Seite, das eine politische Verfolgung der FDJ rechtfertigen würde.

Wer jetzt das FDJ-Verbot der 1950er Jahre aus der Mottenkiste fragwürdiger deutscher Demokratieggeschichte holt, verstößt nicht nur eklatant gegen den deutsch-deutschen Einigungsvertrag. Er stellt sich auch auf den Standpunkt, dass noch immer zwei Rechtssysteme für den Osten und den Westen bestehen und zeigt damit, dass hier eben nicht „zusammengewachsen ist, was zusammen gehört“, dass mit der „Wiedervereinigung“ nicht nur das Volkseigentum von 16 Millionen geraubt wurde, sondern bis heute das Recht des Stärkeren über den einverlebten Staat ausgeübt wird.

Die FDJ stört diese Herren wohl weniger wegen ihrer Größe, sondern weil sie im Westen wie im Osten auch für das „andere Deutschland“ und für den Kampf gegen

Faschismus und Krieg steht; weil sie noch immer sagt: „Lieber sozialistische Experimente, als großdeutsche Katastrophen!“ Das Jahr 1990 markiert schließlich auch den Wendepunkt bundesdeutscher Außenpolitik – seit der erneuten Annexion eines anderen Staates, seit „wir“ wieder wer sind in der Welt, seit das „sozialistische Lager“ als Gegenpol weggebrochen ist, wächst

die Gefahr eines neuen Krieges in Europa unübersehbar.

Die bürgerliche Republik ist doch längst in Frage gestellt durch die tägliche Zusammenarbeit von Polizeien, Armee und Geheimdiensten, durch den Einsatz der Bundeswehr im Inland, durch die Militarisierung des öffentlichen Lebens, der Kinder und der Jugend...

Der Frieden ist doch längst gefährdet durch die brutale Unterjochung Griechenlands durch Merkel&Co., durch die deutsche Kriegstreiberei gegen Russland, durch die Unterstützung der Faschisten in der Ukraine, durch politische, wirtschaftliche und militärische Aushöhlung der nationalen Souveränität anderer Länder, durch den weltweiten Einsatz der Bundeswehr und die Führung von grundgesetzwidrigen Angriffskriegen...

Die Geschichte zeigt, dass in solchen Zeiten immer die Repression gegen diejenigen zunimmt, die eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Kriege

wollen, und dass diese Repression nicht bei einer Organisation haltmacht.

Eins plus Eins bleibt eben Zwei

Man kann den deutschen Kapitalisten und ihrem Staat viel vorwerfen, eines aber nicht, dass sie nicht rechnen können. Sie und wir wissen dass mit der Einverleibung der DDR keine Wiedervereinigung stattgefunden hat. Sie beweisen das auch mit jedem erneuten Angriff gegen die FDJ, wo sie vorgeben müssen, gegen die verbotene FDJ Westdeutschlands, die es seit Ende der Fünfziger Jahre nicht mehr gibt, vorzugehen. Sie belegen es, indem sie im neuen Großdeutschland „Westrecht“ anwenden, für ihr altes Staatsgebiet, das sie doch eigentlich längst überwunden haben möchten. Mit der annektierten DDR hängt auch die FDJ in der Speiseröhre des deutschen Imperialismus, er bekommt sie nicht runter, wir stellen uns quer und wir stechen wo es ihn besonders schmerzt.

Lasst uns gemeinsam über die Bedrohung des Friedens und die deutsche Rolle dabei und wie eine Zukunft ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg aussehen kann, streiten. Lasst uns zusammen den Kampf gegen die Zerschlagung der bürgerlichen Republik und die Kriegsvorbereitung praktisch führen. Jede noch so kleine Aktion über die Organisationsgrenzen hinweg, hilft, die Spaltung der Arbeiterjugend zu überwinden und damit die stärkste Waffe gegen den Krieg zu schmieden.

Mi

Mehr unter: www.fdj.de.



Fundstück auf dem Mittleren Ring in München Anfang April.

Unser Symbol ist die aufgehende Sonne

„Die Sonne der Zukunft, einer machbaren Zukunft, einer sozialistischen Zukunft.

Die Herrschenden wollen dieses Symbol nicht sehen, sie wollen diese Organisation nicht sehen. Dieses Symbol ist unweigerlich mit der Entlarvung ihrer Barbarei und einem friedlichen Staat ohne Ausbeuter verbunden.

Unter dieser aufgehenden Sonne schlossen sich revolutionäre Jugendliche während des Faschismus zusammen, wissend, dass nur dadurch eine Zukunft ermöglicht werden kann. Die Faschisten und Kriegstreiber boten nur die Barbarei.

Nach der Befreiung vom Faschismus begannen diese Jugendlichen voller Tatendrang mit dem Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands. Dies passte den alten und neuen Herren nicht. Wäre dies doch eine Zukunft ohne sie.

In einer Hälfte Deutschlands wurde sie aufgebaut - diese Zukunft ohne Ausbeutung und Krieg, mit den Händen der Jugendlichen, der Arbeiter und Bauern, mit den Händen der FDJ. In der anderen Hälfte verboten die dort wieder mächtigen Krupps und Thyssens die FDJ - denn sie kämpfte für ein einiges freies Deutschland ohne sie.

Die DDR konnte annektiert werden, weil die Arbeiter und Bauern dort ihre Sache wieder aus den Händen gaben. Die Kapitalisten riefen sich als Sieger der Geschichte aus, denkend, den Sozialismus nun endgültig geschlagen zu haben. Sie nahmen unsere Fehler als Beweis ihrer Überlegenheit.

Mit der Einverleibung der DDR haben sie sich die FDJ wieder einverleibt und hoben damit selbst wieder das Verbot der FDJ West von 1951 auf.

Die FDJ existiert seitdem wieder im ganzen größer gewordenen Deutschland - und nimmt ihre Erfahrungen ernst:

- Dass nicht nur das Volkseigentum von 16 Millionen geraubt wurde, sondern bis heute das Recht des stärkeren über den einverleibten Staat gilt.

- Dass zweierlei Recht geübt wird und heute die Willkür gegen die einen zur allgemeinen Willkür für alle wird.

- Dass in einem Staat unter kapitalistischer Herrschaft die FDJ, wie jede andere Organisation der fortschrittlichen Jugend, immer bekämpft werden wird.

- Dass ein besseres, sozialistisches Deutschland bereits existierte, aber auch wieder verloren ging und wir die Erfahrungen hieraus ziehen können und müssen.

- Und dass kein Versuch der Herrschenden, ihr marodes System noch irgendwie zu retten, weder im Hitlerfaschismus, noch unter der Adenauer-Reaktion, noch in der Berliner-Annexionsrepublik, dazu führt, dass die FDJ untergeht.

Das kriegerische, barbarische Deutschland und das antifaschistische, sozialistische Deutschland - beides ist Teil der Geschichte unserer Organisation. Heute steht das barbarische Deutschland wieder davor, die Welt in Brand zu stecken. Eine Zukunft für uns soll es dabei nicht geben.

Es gibt eine wirkliche Zukunft nur darin, das Ausbeutungssystem zu überwinden und an den Aufbau eines friedlichen, sozialistischen Deutschlands zu gehen.

Die FDJ wird alles tun, um den Kampf hierfür mit allen fortschrittlichen Jugendlichen zu führen.

Kleinkriegen werden sie uns dabei nicht!“

*Zentralrats der FDJ
April, 2015*



Gerade zu Ostern schien die Sonne in München besonders oft. Sicherlich auch zur Freude des Staatsanwaltes Preuss, einem wahrer Sonnenliebhaber

Man muß diese Einschätzung nicht teilen, sich unbeteiligt an den Rand zu stellen, ist dagegen nicht zulässig. Eure Wachsamkeit ist gefragt. Wachsamkeit heißt, dem Gewaltenapparat auf die Finger zu schauen und wenigstens die verbliebenen bürgerlichen Rechte gemeinsam zu verteidigen. Solidarität kann heißen, sich und andere über die aktuelle Willkür und Rechtlosigkeit in München zu informieren; durch Stellungnahmen gegenüber uns, der Presse und der Öffentlichkeit oder mit Berichten in den eigenen Publikationen dagegen aufzutreten; Flugblätter oder Aufkleber zu verbreiten, die wir derzeit nur stark eingeschränkt verteilen können. Und nicht zuletzt benötigen wir natürlich Spenden, um beschlagnahmte Transparente etc. zu ersetzen, und aktive Solidarität, wenn wieder Jugendliche rechtswidrig von der Straße wegverhaftet werden.

Nie wieder Heiligendamm! Stoppt den deutschen Kriegskurs in Elmau!

Im Juni treffen sich im Schloß Elmau die Spitzen der 7 stärksten Industrienationen dieser Welt, sie nennen sich Gruppe der 7. Dieses Spitzentreffen gibt es seit 1975, jährlich treffen sie sich seitdem in auserlesenem Kreise und diskutieren die Aufteilung der Welt. Die vorgelegten Themenschwerpunkte unter deutscher Präsidentschaft sind so viel- und nichtsagend wie „Weltwirtschaft sowie zentrale Fragen der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“.

Ist doch super, wenn sie sich noch treffen und reden, könnte man meinen, ist doch besser als wenn's auf dem Schlachtfeld ausgetragen wird. Aber Vorsicht, ihre Bündnisse, wie auch immer sie gerade heißen mögen, sind mit nichten Verhandlungen anstatt eines Kriegs, sondern Kriegsverhandlungen in sog. Friedenszeiten. Die Großmächte dieser Welt sind schnell bei der Hand mit der Schmiedung irgendwelcher Bündnisse, genau so schnell sind sie aber auch wieder zerbrochen. Ruck, zuck wird Russland rausgeworfen aus der G8 (Abkürzung für Gruppe der 8 weltweit stärksten Industrienationen), man ist wieder im G7-Kreis unter sich, so wie man auch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion beisammen saß. Dass es die G7 überhaupt noch gibt, darf also keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass am Tisch der G7 in Elmau die Mächte beisammen sitzen, die, wenn wir sie nicht stoppen, einen 3. Weltkrieg brauchen werden, um die Widersprüche unter sich zu lösen. Warum ist denn Russland rausgeflogen, warum hat man denn statt des letzten G8-Gipfels in Sotchi die Zusammenarbeit aufgekündigt? Weil es abgestraft gehört, wenn es sich dem Annexionskurs des Westens, allen voran die deutsch-geführte EU, widersetzt. „Der Schmitt vom Rheine will die Ukraine!“, nach diesem Motto versuchte die BRD den Feldzug der EU-Osterweiterungen fortzusetzen und mit der wirtschaftlichen Durchdringung der Ukraine bis an die russische Grenze vorzustößen. Mit einem Russland, das sich trotz der Sanktionen

immer noch nicht fügig gibt, wird in der deutschen Presse das Gefahrenpotential allzu gerne in Russland gesehen. Und so mancher stellt sich die Welt so einfach aufgeteilt zwischen einem von den USA angeführten Westen gegen den Osten vor. Doch diese Rechnung wurde ohne den deutschen Imperialismus gemacht, der mit nichten der USA das Feld in der Ukraine zu überlassen gedenkt und von Anfang an seinen eigenen Kurs gegen die beiden Mächte fuhr.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Es sind also gerade die Widersprüche zwischen den Imperialisten, nicht die Existenz eines oder mehrerer imperialistischer Länder, die einen neuen Krieg täglich notwendiger machen. Und den können wir nur verhindern, wenn wir dem deutschen Imperialismus in den Arm fallen bevor er erneut Tod und Verderben über die Welt bringen wird. Taub müssen wir sein gegen die Lockungen der Herrschenden und mancher Sinnverdreher, dass der Ami der schlimme Kriegstreiber, der Russ unser eigentliches Problem und Gott-weiß-wer an der Weltlage schuld sei. Denn dies würde bedeuten den Kriegshetzern auf den Leim zu gehen. Stattdessen soll die deutsche Kriegsvorbereitung, die deutsche Hetze gegen andere Länder und der deutsche Gewaltenapparat in Permanenz angegriffen werden. Nur so und nicht in dem wir gegen den amerikanischen Imperialismus oder sonst wen kämpfen, wird der Krieg aufzuhalten sein. Und erst dann ist die bei allen Demos beliebte Parole „Hoch die internationale Solidarität!“ berechtigt. Denn: „Bloße Aufrufe an die Arbeiter aller Länder, nichtssagende Beteuerungen der Ergebenheit für den Internationalismus, Versuche, direkt oder indirekt eine „Reihenfolge“ der Aktionen des revolutionären Proletariats in den verschiedenen

kriegsführenden Ländern festzusetzen, krampfhaft Anstrengungen, zwischen den Sozialisten der kriegsführenden Länder „Vereinbarungen“ über den revolutionären Kampf zu treffen, Bemühungen, sozialistische Kongresse für eine Friedenskampagne zustande zu bringen usw. usf. - alles das ist, wie aufrichtig die Urheber solcher Ideen, solcher Versuche oder solcher Pläne auch sein mögen, seiner objektiven Bedeutung auch nach Phrasendrescherei, im besten Falle sind es naive, fromme Wünsche, nur geeignet, den Betrug der Chauvinisten an den Massen zu verschleiern. [...] Die guten Leute vergessen oft die harte, grausame Wirklichkeit des imperialistischen Weltkriegs. Diese Wirklichkeit duldet keine Phrasen, sie spottet aller naiven, frommen Wünsche. Es gibt nur einen



Der Notstandsübung 2008 in Heiligendamm

wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.“ (Lenin Werke Bd. 24, S. 59f)

Der neue Gewaltenapparat unter Beweis gestellt: Heiligendamm

Der letzte G8-Gipfel in der BRD hat vor allem eines bedeutet: eine massive Verschärfung des Notstands der Republik: zum ersten Mal ist dort in großem Umfang der neue Gewaltenapparat

aus grundgesetzwidriger Bundespolizei, militärisches Kriegsgeschütz und Soldaten im Inland und flächendeckende Ausspitzelung der Gipfel-Gegner in die Praxis umgesetzt worden. Genauer gesagt:

- 19.000 Polizisten unter eigens gegründetem Führungsstab der Bundespolizei
- 2.400 Soldaten, darunter 600 Feldjäger
- Gegen das Trennungsgebot war die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr auf allen Ebenen aufgehoben unter dem Befehl der Bundeswehr (gleiches galt für die zivilen Hilfsorganisationen, die ebenso dem Militär unterstellt waren)
- 6 Kreis- und ein Landesverbindungskommando des damals frisch eingerichteten Heimatschutzes



folgt dieses Jahr die Notstandsübung Elmau

- Spähpanzer und Bundeswehr-Tornados (u.a. im Tiefflug von 110m Höhe)

Dieser Kriegseinsatz im Inland wurde größtenteils unter Umgehung der verbliebenen demokratischen Strukturen von der Bundeswehr im Alleingang durchgeführt, so war nur ein äußerst geringer Teil durch offizielle Amtshilfersuchen des Landes Mecklenburg-Vorpommern entstanden, den Rest hat die Bundeswehr einfach im Alleingang erledigt.

Notstand der Republik in Elmau

Diesem massiven Einsatz des neuen deutschen Gewaltenapparats werden wir auch dieses Mal zur G7-Konferenz gegenüberstehen. Bereits zum Treffen der

G7-Außenminister in Lübeck (das Teil des G7-Treffens ist) wurde es dank des Polizeieinsatzes unter dem Code-Namen „Sieben Türme“, an dem 3.500 Polizisten aller couleur für schlappe 4,6 Mio Euro geschafft, die Stadt komplett abzuriegeln. Die FAZ hält den Einsatz für gerechtfertigt und spricht von „Eindämmung“ und „Deeskalation“, dank derer es gelungen sei, die Demo friedlich zu halten und Störer zu eliminieren. Andere Stimmen zählen ein gewaltiges Überangebot an Polizeikräften, u.a. Wasserwerfer und Scharfschützen, auf, die es auch ohne Demonstranten und Gipfel-Gegner ganz alleine geschafft haben, die Stadt lahm zu legen. Bei der am nächsten Tag tatsächlich stattfindenden Demonstration und bei verschiedenen Versuchen des zivilen Ungehorsams den Widerstand auf die Straße zu tragen gab es zahlreiche Verletzungen auf Seiten der Demonstranten.

Was blüht uns in Elmau?

U.a. nach den Informationen einer Kleinen Anfrage der Linken im Bundestag von August 2014:

- zwei Sicherheitsbereiche werden eingerichtet; der erste direkt um das Schloss vom BKA gesichert, der zweite im kompletten Tal bis zur Mautstelle bei Klais durch Polizei gesichert
- kein verankerter Zaun wie in Heiligendamm, sondern flexible und transportfähige „Bauzäune“, die auch in den Wäldern funktionieren müssen
- Sicherheitsmaßnahmen temporärer Art, unterstützt durch moderne Überwachungstechniken (Infrarot-, Nachtsicht, Wärmebildkameras etc.)
- Camps sollen unter allen Umständen verhindert werden, dazu werden Anwohner „sensibilisiert“ und gegen die Demonstranten aufgebracht
- Schienenverkehr zwischen GAP und Mittenwald wird während des Gipfels ausgesetzt, weiträumige Sperrungen des Gebiets für den Autoverkehr
- Anwohner werden „gebeten“, zu Hause zu bleiben
- Digitalfunk einsatzbereit ab 30. April 2015
- realitätsnahe Übungen von Polizei, Feuerwehr, THW und BRK (Bayerisches Rotes Kreuz) sollen

durchgeführt werden, das THW soll technische Unterstützungsleistungen, etwa die Versorgung der Einsatzkräfte und die Aufrechterhaltung der Kommunikationsverbindungen übernehmen

- nach einem Amtshilfersuchen des Freistaats Bayern wird das Bundesministerium der Verteidigung das Kommando Streitkräftebasis, das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr und das Landeskommando Bayern bei Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Gipfels eingesetzt
- auf die Frage, ob ein ähnlich massiver Bundeswehr-Einsatz wie in Heiligendamm (Einsatz des Militärs, Einsatz von Spähpanzern und Feldjägern) zu befürchten sei, antwortet die Bundesregierung, der Rahmen seien „die vom Grundgesetz zugelassenen Möglichkeiten“ – also wie in Heiligendamm!
- Wiedereinführung von Kontrollen und Abweisung an der österreichischen Grenze von gewaltbereiten Demonstranten (die Herrmann an „Anti-G7-Flugblättern im Kofferraum“ erkennen will)

• das Extremismus- und Terrorismus Abwehrzentrum) führte ein „Analyseprojekt bezüglich der Strategien der gewaltbereiten linken Szene“ im Hinblick auf den G7-Gipfel durch

- an der Sicherstellung des Gipfels sind Bundeskriminalamt, Bundesministerium des Inneren und Äußeren, bayerische sowie Bundespolizei, Verfassungsschutzbehörden u.a. beteiligt

Desweiteren wird die Gegend um Elmau gerade kräftig aufpoliert, bisher veranschlagte Kosten 81 Mio €. Schon jetzt ist klar, alle, die sich an den Protesten beteiligen wollen, werden im Vorfeld bereits verurteilt. Das Gelände soll weitestgehend sauber gehalten werden, Zeltlager der Demonstranten sollen unbedingt verhindert werden .

Wir werden uns an den Protesten beteiligen. Wer mitfahren möchte, kann sich unter kontakt@fdj.de bei uns melden.

Den deutschen Kriegstreibern das Handwerk legen!

Nieder mit dem deutschen Gewaltenapparat!

In Elmau und überall!

Verhindert das Programm der Berliner Ermächtigungsregierung zur Inhaftierung von Flüchtlingen

Gestern wurden in Berlin, Göttingen und Magdeburg SPD-Gebäude besetzt. Denn seit gestern findet die Aktionswoche „Asylrechtsverschärfung stoppen!“ vom „Bündnis für Bedingungsloses Bleiberecht“ statt. Sie richtet sich gegen die geplante Verschärfung des Asylrechts, das im Juni vom Bundestag beschlossen werden soll. Am 24. April findet dort schon die zweite Lesung statt. Zeit genug, auf die Frankfurter Bundestagsabgeordneten Druck auszuüben und/ oder für ähnliche Aktionen.

Hier wären die beiden Abgeordneten der **CDU: Erika Steinbach** (meist gehasste Person in Polen, weil sie die alten deutschen Ostgebiete in Polen wieder haben will), deren Büro in der Hanauer Landstr. 7 liegt. Und der **Christdemokrat und Burschenschafter Matthias Zimmer**, der am 16. April um 19 Uhr bei einer Veranstaltung in der Frankfurter Straße 18 sein wird. Bei Beiden ist nicht davon auszugehen, dass an ihrem Ja für die Asylverschärfung etwas zu ändern ist.

Anders bei der **SPD-Abgeordneten Ulli Nissen**, die Mitglied bei Pro Asyl ist. Ihre nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag dem 14. April von 10-17 Uhr in der Fischerfeldstraße 7-11 statt.

Der **Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour** hat sein Wahlkreisbüro in der Oppenheimer Straße 17 und ist mittwochs und freitags von 10-17 Uhr besetzt.

Wichtig ist der **Linken-Abgeordnete Wolfgang Gehrcke**, der über die Genossen in der Allerheiligenstr. 2-4 zu erreichen ist. Mit ihm ist zu besprechen, wie mit der Linkspartei der Druck auf der Straße aufgebaut werden kann.

Und die **Gewerkschafter** kennen ihre Sekretäre und Bevollmächtigte, die zum Handeln gebracht werden müssen.

„Ein Volk, das seine Fremden nicht ehrt, ist dem Untergang geweiht!“ (Goethe).

www.asylrechtsverschaeerfung-stoppen.de

„Die Flüchtlinge hier brauchen auch unsere materielle Hilfe: Feuerlöscher und Baseballschläger“ ...

...hieß es in unserem letzten Flugblatt. Seit Ostersonntag kann Tröglitz als „smoking gun“ für diese Behauptung gelten. Dass die PEGIDA-Hetze beiträgt zum explosiven Anwachsen der ausländerfeindlichen Übergriffe, ist die Zeile zu schreiben fast nicht wert, so klar ist das. Sogar SPD-Chef Sigmar Gabriel, der als Regierungspartei für den tausendfachen an Europas Außengrenzen mitverantwortlich ist, erklärte: „Es ist die monatelange Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, die den Hass säte, der in Tröglitz nun in Flammen gemündet ist.“ Aber kennt ihr Eschburg oder Coesfeld? Dort fand Ähnliches wie in Tröglitz statt, nur schon im Februar. Und „nur“ in der westlichen Annekterrepublik. Aber es muss ja allen weis gemacht werden, dass Fremdenfeindlichkeit nur ein Problem der Annekterten ist, weswegen de Maizière und Bosbach dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff (CDU) widersprachen, der zugab: "Die Zahl der Übergriffe steigt im gesamten Bundesgebiet deutlich an. Tröglitz ist überall." In der Frankfurter Rundschau vom 09. April steht: „Und wie damals folgen auf Wut-Demos brennende Gebäude – wie 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Damals starben wenig später Menschen: 1992 in Mölln, 1993 in Solingen – beides im Westen.“ Wollen wir so lange warten, bis es wieder so weit ist? Sind die Absperrungen der Polizei und deren Schlagstöcke stärker als unsere Entschlossenheit, die Tragödie vor 25 Jahren nicht in einer Farce wiederholen zu lassen? Denn: **"Das höchste Ziel, das jemand angeben kann, wenn er jemand töten muß, ist die Rettung des Vaterlandes" (Bertolt Brecht).** Für nichts Anderes als dieses, glauben diese Scheusale Woche für Woche zu demonstrieren. Dabei sehen sie direkt vor ihren Augen, für wen sie den Rassismus, die Spaltung der Arbeiter und der Jugend, schüren: für die Verursacher der Krise und Kriegshetzer der Deutschen Bank & Co.

Den Brandstifter und deren Schutzmacht, dem deutschen Staatsapparat, sollte „man die Fresse mit schweren Eisenhämmern ein(schlagen)“ (Bertolt Brecht). Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sprach es aus: „Es muss sich etwas ändern und zwar sofort. **Fünf vor 12 ist lange vorbei.**“

Wir, als Organisation, die ursprünglich von refugees, aus Hitler-Deutschland geflohenen Jugendlichen, gegründet wurde, wissen, wie die Asylgesetzgebung eines Landes über Leben und Tod des Einzelnen entscheidet.



FDJ-Gruppe Frankfurt/ Main

www.FDJ.de

ffm@FDJ.de



Heute, am 11. April, vor 70 Jahren fand die Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald statt. Ein paar hundert Meter vom abgebrannten Flüchtlingshaus in Tröglitz war 1944 eine Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald eingerichtet. Ein doppelter Affront, dass hier und heute die Faschisten und Rassisten von PEGIDA in Frankfurt am Main sind und demonstrieren (dürfen). Mit dem Grundgesetzartikel 139, also der Befolgung des Potsdamer Abkommens und der Verordnungen des Alliierten Kontrollrats, ließe sich dies leicht verbieten. Die überlebenden Gefangenen verabschiedeten noch auf dem Gelände des Konzentrationslagers den „Schwur von Buchenwald“. Hier dokumentieren wir diesen Schwur als Originaldokument:

Ansprache in französischer, russischer, polnischer, englischer
und deutscher Sprache auf der Trauerkundgebung
des Lagers Buchenwald am 19. April 1945

Kameraden!

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Aussenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfershelfer ermordeten

51 000 Gefangenen !

51 000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, verhungert, vergiftet - abgespritzt -

51 000 Väter, Brüder - Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und hunderttausende Kinder klagen an!

Wir lebend gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen.

Wenn uns ein's im Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache !

Heute sind wir frei !

Wir danken den verbündeten Armeen, der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des grossen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiators des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt.

F. D. R o o s e v e l t .

Ehre seinem Andenken !

Wir Buchenwalder,

Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, - Slovaken und Deutsche,
Spanier, Italiener und Oesterreicher,
Belgier und Holländer, Engländer,
Luxemburger, Rumänen, Jugoslaven und Ungarn

kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht -

Der Sieg muss unser sein !

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende.

Noch wehen Hitlerfahnen!

Noch leben die Mörder unserer Kameraden!

Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der
letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:

W I R S C H W Ö R E N !

Buchenwaldarchiv

Sign. NT 488



Wie oft ist es uns beim Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ passiert, dass Lehrer die Schüler vor uns „Linksextremisten“ geschützt haben. Sie haben Mülltonnen aufgestellt und darauf geachtet, dass jeder Schüler das Flugblatt, was ja eigentlich sein Eigentum ist, dort hinein warf. Sie haben Linien auf dem Schulhof gezogen, die die Schüler nicht übertreten durften. Wir haben gesehen, wie sie sogar diejenigen mit körperlicher Gewalt angegangen sind, die sich ihren Verboten widersetzen und auf ihr Recht der Meinungsfreiheit bestanden. In dieser Schärfe kam uns das neu vor.

Neu ist das Phänomen aber nicht. Lehrer, die auf dem Schulhof das weiter machen,

was sie täglich in der Stunde verbrechen: den Schülern das selbständige Denken abzugewöhnen, ja es ihnen verbieten. Lehrer, die ein Hinterfragen der vorgegebenen Ordnung selbst nie gelernt haben und das deshalb für den ersten Schritt in den Abgrund halten.

Sie rufen die Polizei, weil sie den Akt des Flugblattverteilers schon für verbrecherisch halten. Die soll ihnen die lästigen Fragen vom Hals halten, die vielleicht kommen könnten.

Gruselig sind diese Lehrer. Ist das wirklich eine andere Generation, als die, die ihre Schüler für jede falsche Antwort noch verprügelt haben?

Und was ist mit denen, die sich dagegen stemmen? Was ist mit den fortschrittlichen Lehrern? Wo sind die? Die trauen sich anscheinend immer weniger den Mund aufzumachen.

Wo leben wir eigentlich?

Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule im bayrischen Bamberg, wo sich diese Verhältnisse zuspitzen und auch mal öffentlich wurden. Nur öffentlich wurden, weil da ein Schüler ist, der sich äußerst mutig verhalten hat, der sich nicht mundtot machen lassen wollte. Und weil da andere waren, die ihn unterstützten.

Beutelsbacher Konsens

1. Überwältigungsverbot

Gemäß dem Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot) dürfen Lehrende Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen Schüler in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigene Meinung bilden zu können. Dies ist der Zielsetzung der politischen Bildung geschuldet, die Schüler zu mündigen Bürgern heranzubilden.

2. Kontroversität

Das Gebot der Kontroversität (auch: Gegensätzlichkeit) zielt ebenfalls darauf ab, den Schülern freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren können, wenn es in der Öffentlichkeit kontrovers erscheint. Seine eigene Meinung und seine politischen wie theoretischen Standpunkte sind dabei für den Unterricht unerheblich und dürfen nicht zur Überwältigung der Schüler eingesetzt werden.

vom Herbst 1976

3. Schülerorientierung

Das Prinzip Schülerorientierung soll den Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und seine eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen sowie „nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.“

Der 17-Jährige ist organisiert in der örtlichen Jugendgruppe der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). Die Schule scheint eine ganz normale zu sein, nennt sich zwar „Schule gegen Rassismus - Schule mit Courage“, tut aber auch nichts Besonderes dafür. Wie viele andere Schulen lädt sie einmal im Jahr die Bundeswehr zu einem Berufsinformationsabend ein. Neben anderen darf diese dann auch für ihr Mörderhandwerk werben. Verweigern darfst du dich als Schüler dem nicht. Es ist eine Pflichtveranstaltung.

Die örtliche Linke hat zusammen mit der VVN-BdA seit Jahren vor der Schule dagegen demonstriert. Diesmal mit einem Infotisch.

Der Direktor der Schule ging schon Tage vorher durch einige Klassen und warnte die Schüler mit diesen Linken zu sprechen. Sie sollten doch einfach an denen vorbei gehen und nichts nehmen.

Am Tag selbst standen drei

Hausmeister vor dem Schultor bereit und achteten darauf, dass die Schüler ihre gerade bekommenen Flugblätter auch ordentlich in die aufgestellten Mülltonnen warfen.

Nachdem die Bundeswehr ihren Vortrag gehalten hatte, stand der 17-Jährige auf und stellte Fragen: Wie er zu dem Luftangriff der Bundeswehr in Kundus 2009 stehe, bei dem fast 100 Zivilisten starben. Befohlen vom deutschen Oberst Klein, der später zum General befördert wurde. Da soll der Bundeswehroffizier geantwortet haben: „Man muss eben abwägen, ob man seine eigenen Jungs riskieren will oder die halt.“ Schulleiter und Lehrer finden des Schülers Verhalten dreist. Schließlich sei die Bundeswehr ja Gast.

Nach den Vorträgen war Pause und der Schüler ging nach draußen zum Infotisch. Als er wieder zurück wollte, verlangten die Hausmeister von ihm seinen Rucksack zu durchsuchen und eine Leibesvisitation durchzuführen. Er lehnte das ab, ließ seinen Rucksack beim Infostand. Sie ließen ihn trotzdem nicht rein und riefen die Polizei.

Der stellvertretende Direktor erteilte ihm in der Zwischenzeit Hausverbot. Er habe sich unerlaubter Weise vom Schulgelände entfernt.

Am nächsten Tag muss sich der Schüler vor dem Schulleiter, dem stellvertr. Schulleiter, der Klassenlehrerin, dem Vertrauenslehrer und den Hausmeistern im Beisein seines Vaters rechtfertigen, die ihn aufforderten im nächsten Jahr nicht mehr an der Kundgebung teilzunehmen.

In der folgenden Woche erhielt der Schüler einen verschärften Verweis. Das ist quasi die letzte Stufe vor dem Rauschmiss. In dem Verweis stehen Sachen wie:

„Nach Artikel 84 ist es Schülern untersagt, politische Werbung im Rahmen von Schulveranstaltungen oder auf dem Schulgelände zu betreiben. Ebenso ist es ihnen untersagt, Aufkleber und ähnliche

... Um einen erfolgreichen Abschluss an der Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule Bamberg zu erhalten, muss er zukünftig darauf achten, Äußerungen bezüglich seiner extremistischen politischen Meinung zu unterlassen...“

Ich glaube, dass muss man gar nicht mehr kommentieren. Da käme nur noch mehr Galle hoch.

Und dann muss man sagen, tut dieser Schüler genau das Richtige: Er lässt sich eben nicht einschüchtern, sondern geht an die Öffentlichkeit. Er gibt ein Interview in der Jungen Welt, die taz schreibt über ihn und so langsam auch alle bayrischen Lokalblätter. Die Schulleitung ist aufgeschreckt, der Bürgermeister von Bamberg auch. Es wird eine Vereinbarung getroffen, dass der verschärfte Verweis zurückgenommen wird und sich keine Seite mehr an die Presse wendet. Der Schüler

hält sich dran, lässt sein Interview von der Jungen Welt-Homepage wieder löschen, zieht seine Aussagen gegenüber der taz zurück. Die Schulleitung hält sich nicht dran und verbreitet Lügen, die

Schule wäre das Opfer, der Schüler ein Täter, aber immerhin hätte er sich aufrichtig entschuldigt.. Er entschuldigt sich nicht. Er knickt nicht ein. Und trotzdem merkt man an seinen Stellungnahmen und Richtigstellungen später, wie sehr ihm doch der Schreck in die Glieder gefahren ist. Er distanziert sich, wo er sich nicht distanzieren muss, weil er nicht verantwortlich ist. Nimmt in Schutz, wen er nicht in Schutz nehmen muss, weil die selber auf sich aufpassen können. Entschuldigt sich für Sachen, die er doch nie verursacht hat. Nein nicht er, sondern die, die seinen aufrechten Gang gefährlich finden und ihm die Beine weghacken wollten. Die, die so viel Furcht vor eigenständigem Denken haben, weil es entlarven könnte, dass sie selbst dumm wie Stroh sind. Die werden sich nicht entschuldigen.

Lieber unbekannter Schüler, tue du es bitte auch nicht!

Lass dich nicht kleinkriegen. Niemals!

An

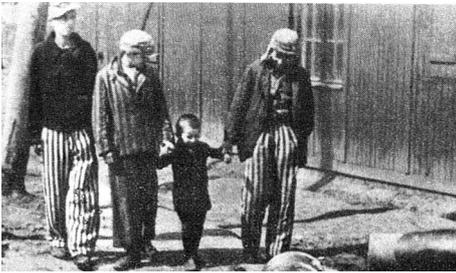
Wehrt Euch gegen Hirnverheerer, die uns erziehen wollen zur Schlächtertugend!

Zeichen zu tragen oder anzubringen, wenn der Schulfriede und die Erziehung zu Toleranz dadurch gefährdet werden.“

Abgesehen davon, dass dies von Seiten der Schule reine Unterstellungen sind und nie nachgewiesen wurden. Sie erlauben einer Armee Werbung an der Schule zu betreiben, deren Grundsätze eben nicht die Erziehung zur Toleranz, sondern das Gegenteil Vernichtung des Gegners ist. Einer Armee, die den Weltfrieden und nicht den Schulfrieden gefährdet!

„Seit Anfang des Schuljahres fällt X durch respektloses Verhalten gegenüber Lehrkräften und Mitschülern auf, vor allem im Zusammenhang mit seiner politischen, zweifelhaft linksorientierten Gesinnung. Dadurch fühlen sich manche Lehrkräfte und Schüler politisch und persönlich bedrängt. Das zeigte sich besonders im Zusammenhang mit einer Aktion gegen die Bundeswehr.. bei der X durch Provokationen, seine Meinung derart beharrlich vertrat, dass ein Polizeieinsatz notwendig geworden ist.

Die Selbstbefreiung von Buchenwald



Kinder in Buchenwald

Am 11. April 1945 um 15:30 Uhr verkündete Hans Eiden, der Lagerälteste, über die im KZ Buchenwald vorhandenen Lautsprecher der SS die Selbstbefreiung mit den Worten: „Kameraden wir sind frei!“ Die Widerstandsbewegung des illegalen Lagerkomitees hatte gesiegt. Das Konzentrationslager Buchenwald war von den inhaftierten Antifaschisten, Widerstandskämpfern und Internationalisten selbstständig befreit worden.

Dieses Ereignis jährte sich 2015 zum 70. Mal. Den Herrschenden ist die Selbstbefreiung nach wie vor ein Dorn im Auge. Jahr für Jahr werden immer wieder Versuche unternommen diese zu verleugnen oder zu relativieren. Ebenso wird die Rettung zahlreicher Kinder durch die Solidarität der Häftlinge, insbesondere das Schicksal von Stefan Jerzy Zweig, der als Buchenwaldkind durch Bruno Apitz' Roman „Nackt unter Wölfen“ bekannt wurde, von der Gedenkstättenleitung



*Otto Roth (KPD) und Heinrich Studer (KPD)
Beide Leitungsmitglieder der internationalen
Militärorganisation in Buchenwald*

verfälschend dargestellt. Die Geschichtsverfälschung reichte soweit, dass eine in den 50er Jahren diesbezüglich angebrachte Gedenktafel im Jahr 2000 von der Gedenkstättenleitung entfernt wurde. Zum 70. Jahrestag wurden letztlich die

offiziellen Gedenkveranstaltungen größtenteils in Weimar im Nationaltheater ausgetragen, während dem Gedenken auf dem Appellplatz in Buchenwald nur eine untergeordnete Rolle zu kam. Auch bei diesem erdreisteten sich Redner jedoch die Selbstbefreiung des Lagers schlichtweg zu verleugnen. Während sich Vertreter der Thüringer Landesregierung, der Gedenkstättenleitung, der Stadt Weimar sowie zahlreiche Abgeordnete hauptsächlich an einer geschlossenen Veranstaltung im Weimarer Nationaltheater aufhielten, erschien erstmals auch ein Vertreter der rot-rot-grünen Landesregierung bei dem Treffen der Nachkommen von Überlebenden, Familienangehörigen und Freunden der Buchenwalder, welches die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora regelmäßig organisiert. Ebenso wenig Beachtung von der Gedenkstättenleitung erhalten die Überlebenden von Buchenwald und deren Nachkommen bei ihrem jährlichen traditionellen Wiedererinnern an den Schwur von Buchenwald und dessen erneuten Schwur. Den Schwur von Buchenwald leisteten die ehemaligen Häftlinge am 19. April 1945. Die Bedeutung dieses Schwures ist nach wie vor aktuell. Darin heißt es: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des

Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Die Erinnerung an die Ermordung Ernst Thälmanns am 18. August 1944 in Buchenwald spielt in der offiziellen Erinnerungskultur der Gedenkstätte keine Rolle mehr. Trotzdem versammelten sich gerade dieses Jahr wieder zahlreiche Antifaschisten am Hof des Krematoriums an der Gedenktafel für Ernst Thälmann um seinem unbeugsamen Kampf gegen den Faschismus und sein Standhaftbleiben trotz elfjähriger faschistischer Kerkerhaft zu würdigen. Ein unübersehbares Meer an roten Fahnen an diesem Platz ist dabei Jahr für Jahr ein Zeichen für das Bewusstsein von Antifaschisten, dass Kampf gegen den Faschismus auch den Kampf gegen den

deutschen Imperialismus und Kampf für Frieden und Sozialismus beinhalten sollte.

Auch der antifaschistische Charakter der vor der Annexion der DDR bekannten Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, wurde zu einer Gedenkstätte umfunktioniert die an „nationalsozialistische und kommunistische Gewaltherrschaft“ erinnern soll. So misst das Museum der Gedenkstätte dem ehemaligen sowjetischen Speziallager Nr. 2 in welchem Nazi- und Kriegsverbrecher ihre gerechte Strafe absaßen eine große Bedeutung zu, verklärt dieses aber als „sowjetische Nachkriegsverbrechen“. Die damit betriebene Gleichsetzung von Faschismus und Antifaschismus, Krieg und Frieden, Barbarei und Sozialismus widerspricht aufs schärfste der historischen Wahrheit und dient gänzlich der Delegitimierung der Roten Armee und der Sowjetunion, insbesondere deren Beitrag an der Befreiung der Völker Europas vom deutschen Faschismus.



Der SS entwendete Waffen und selbstgefertigte Handgranaten des Häftlingswiderstandes. Alle Bilder auf dieser Seite sind dem lesenswerten Buch „Widerstand in Buchenwald“ von Klaus Dobrisch entnommen. Erschienen im Dietz Verlag 1989.

Aufgrund dieser massiven Geschichtsverfälschung, der Hetze gegen den heroischen Kampf der Sowjetsoldaten und aller gegen den Faschismus kämpfenden Armeen und Partisanen ist mit der Erinnerung an die faschistischen Verbrechen dringend geboten. Vor allem aber der Kampf gegen Faschismus und Krieg muss wieder selbstverständlich und allgegenwärtig werden. Im Interesse der Völker ist daher auch der Kampf gegen den deutschen Imperialismus nötig. Karl Liebknechts Worte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ bilden dafür eine wichtig Grundlage. 40 Jahre DDR, 40 Jahre Sozialismus auf deutschem Boden dürfen nicht vergeblich gewesen sein.

So feiert Deutschland die Befreiung Buchenwalds - deutsche Militärstiefel auf dem Appelplatz



Lesenswerter Roman über Buchenwald!

Nur kurz währte das Gefühl von Triumph, als ich den Davidstern auf der Flagge Israels wehen sah. Ebenso kurz währte das Gefühl von Stolz, als ich die roten Fahnen erblickte und das Lied der Moorsoldaten über den ehemaligen Appellplatz schallte.

einen Zweiten erblickte. Und dann einen Dritten. In mitten der so toll zur Schau gestellten roten Fahnen traten deutsche Militärstiefel in den Boden des ehemaligen KZ Buchenwald. Was daran das Problem ist? - Die Bundeswehr huldigt noch immer

Der letzte Ton war noch nicht verschallt, da sah ich vor mir einen Herrn in stahlgrauer Uniform. Die Orden an der Jacke und das deutsche Wappen am Arm brachten die Gewissheit:

Vor mir stand ein Soldat der Bundeswehr. Es dauerte nicht lange bis ich in der Menge

Offiziere, die im Hitlerfaschismus ranghohe Positionen inne hatten. Ihre Kasernen sind nach Wehrmachts-Generälen benannt und erst auf dem letzten „Tag der Bundeswehr“ ehrten sie den verurteilten NS-Kriegsverbrecher Offizier Erich Raeder. Die Bundeswehr wurde bekanntermaßen von den faschistischen Generälen der Wehrmacht aufgebaut. Sie steht in der Tradition derer, die für Buchenwald erst verantwortlich waren.

Nie wieder sollten wir es zulassen, dass sie einen Fuß auf das Gelände Buchenwald setzen. Ein Ort, der Befreiung und der Selbstbefreiung - ein Ort der auch als Ort des Sieges über den Faschismus gelten sollte!

Ba

Widerspruch dem Morden!

Kurze Info aus einer Broschüre der DFG-VK:

„Die Daten von Jugendlichen werden an die Bundeswehr weitergegeben. Du kannst Dich dagegen wehren!

Städte und Gemeinden geben die Namen und Adressen von jungen Menschen, die demnächst volljährig werden, an die Bundeswehr. Diese schickt denen dann Werbematerial für den Dienst in der Bundeswehr. Dies geschieht aufgrund von § 58c des Soldatengesetzes (bis April 2013 war es § 58 des Wehrpflichtgesetzes). Übermittelt werden jeweils bis zum 31. März die Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden.

Der Zwang zum Kriegsdienst ist zwar ausgesetzt, so dass junge Männer deutscher Staatsangehörigkeit seit 2011 nicht mehr zwangsweise gemustert, einberufen und der Gewissensprüfung unterworfen werden. Aber der Zwang ist nur ausgesetzt, nicht abgeschafft. Im so genannten Spannungs- und Verteidigungsfall tritt er automatisch wie-

der in Kraft. Alle Männer sind gemäß Wehrpflichtgesetz ab dem 18. Geburtstag „wehrpflichtig“.

Neu ist, dass auch die Daten weiblicher Jugendlicher erfasst und der Bundeswehr übermittelt werden, um zu versuchen, sie für den Kriegsdienst anzuwerben.

Allerdings ist es möglich, dieser Datenübermittlung an die Bundeswehr zu widersprechen und damit ein Zeichen gegen Krieg und für Frieden zu setzen.

Lege Widerspruch ein!

Du kannst der Datenweitergabe an die Bundeswehr widersprechen. Dies ist in § 18 Absatz 7 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) festgelegt.“

Verlange die Löschung!

Falls die Meldebehörde die Daten schon weitergegeben hat, kannst Du von der Bundeswehrverwaltung nach § 58c Abs.3 SG die Löschung der Daten verlangen.“

Die ganze Broschüre mit den Vorlagen findest du unter:

https://www.dfg-vk.de/dateien/2014-06_Folder_widerspruch.pdf

An die Stadt Musterstadt
Meldebehörde/Bürgerdienste/Bürgeramt/Rathaus
Meldestelle
12345 Musterstadt

Hannah Mustermann
Beispielstr. 11
12345 Musterstadt

Datum: ..201_

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich widerspreche gemäß § 58c Abs.1 SG und § 18 Abs.7 MRRG der Übermittlung meiner Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr für meine Person. Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung. Ich möchte keine Informationen oder Werbematerial fürs Militär erhalten und möchte auch sichergehen, dass die Bundeswehr nicht in den Besitz meiner Daten gerät.

Mit freundlichen Grüßen
Hannah Mustermann
Beispielstr. 11
12345 Musterstadt
geb. xy.xy.xyxy in X-Stadt



Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr
Kölner Straße 262
51149 Köln
Datum: ..201_

Löschung meiner Daten

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich verlange die unverzügliche Löschung meiner Daten entsprechend § 58c Absatz 3 Soldatengesetz.
Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung der erfolgten Löschung.

Mit freundlichen Grüßen
Hannah Mustermann
Beispielstr. 11
12345 Musterstadt
geb. xy.xy.xyxy in X-Stadt

Tarifverträglich - nur für wen?

Der erste Tarifvertrag des deutschen Kaiserreichs wurde 1873 vom Verband der Buchdrucker abgeschlossen.

Also vor fast 150 Jahren. Der Verband erzielte eine Lohnerhöhung von 20 bis 25 Prozent. Die Unternehmer hatten dem Vertrag nicht kampfflos zugestimmt - erst der Streik von tausenden Buchdruckern hatte sie zum Nachgeben gezwungen.

Die Buchdrucker hatten es damit im damaligen Deutschen Reich zum ersten Mal geschafft, mit Arbeitern einen Kollektivvertrag abzuschließen. Und das, obwohl zwei Jahre zuvor noch jeder Zusammenschluss von Arbeitern in ihren eigenen Organisationen, also in Gewerkschaften und Parteien, vom bürgerlichen Staat verboten war!

Gewendet zum Nutzen der Kapitalisten

Doch schon bald begannen die Kapitalisten die Tarifverträge zu ihren Gunsten zu nutzen. So wurden von Ihnen möglichst lange Laufzeiten ausgehandelt, um so auch in schwierigen Zeiten mit dem Tarifvertrag die Belegschaft ruhig zu halten und die Gewerkschaftsführung im Interesse der Unternehmer gegen die Arbeiter zur Ruhigstellung einzusetzen.

Tarifverträge zur Spaltung

Wenn man weiß, dass diese rund 70.000 Tarifverträge für 23 Millionen Menschen gelten, kann jeder nachrechnen: Gerade mal 330 Leute haben heute im Durchschnitt noch einen gemeinsamen Tarifvertrag. Da waren die Buchdrucker vor über 142 Jahren schon mal weiter. Da waren es für den ersten Tarifvertrag mehrere Tausend auf einen Schlag. So sieht heute also die Spaltung der Belegschaften auch mit Hilfe von Tarifverträgen aus.

Zitate aus: http://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/arbeitsrecht-verzeichnis-allgemeinverbindlicher-tarifvertraege.pdf?__blob=publicationFile

Und in der Revolution von 1918 erklärte sich die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands“ (ZAG) sogar bereit, den Tarifvertrag als festes Instrument zur Regelung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen anzuerkennen und gesetzlich festzuschreiben.

Jetzt diene der Tarifvertrag nicht nur für einzelne Branchen zur Ruhigstellung der Arbeiter und des Betriebsfriedens. Nein. Jetzt ging es darum, dass die Kapitalisten mit allen Mitteln versuchen mussten die Revolution abzuwürgen und zu verhindern, dass die Arbeiter die Fabriken selbst in Besitz nahmen und die alten Fabrikbesitzer zum Teufel jagten. Und dank dem fortgesetzten Verrat der SPD und der Gewerkschaften gelang dieses auch.

Und heute als Zuhältervertrag für die Leiharbeit genutzt

In kaum einem anderen Land wird so wenig gestreikt wie in dem größer gewordenen Deutschland. Doch schon längst ist nicht nur die Laufzeit des Tarifvertrags ein Hebel der Unternehmer gegen die Arbeiter zu ihrer Ruhigstellung geworden. Heute werden Tarifverträge zur fortlaufenden Spaltung der Belegschaften verwendet:

So schlossen die DGB Gewerkschaften von IG Bau über IG Metall bis Ver.di vor 5 Jahren ohne Not einen Tarifvertrag über Leiharbeit mit dem Verband der Leiharbeitsunternehmen ab. Ohne den Abschluss dieses Zuhältervertrages für 7,60 € die Stunde hätte laut Gesetz sofort für alle Leiharbeiter gegolten:

Gibt es keinen Tarifvertrag, dann gelten gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen wie für Stammarbeiter. Ohne diesen Vertrag hätten sich weder Leih- noch Werkverträge weiter so ausbreiten können, einfach auch, weil es sich für die Herren Unternehmer wirtschaftlich weniger gelohnt hätte. Und die Spaltung der Arbeiter in den Betrieben und an den Bändern einer Halle wäre nicht

so weit fortgeschritten wie heute, wo mittlerweile alle paar Monate oder Wochen die Kollegen wechseln und der Anteil derer, die fest bleiben ständig geringer wird.

Wenn also Gewerkschaftsführer Seit an Seit mit einer Regierung des deutschen Kapitals und ihrer Vertreter aus der SPD Nahles und Gabriel in diesen Zeiten ein „Tarifeinheitsgesetz“ vorlegen um konkurrierende Gewerkschaften innerhalb eines Betriebes zu gemeinsamen Tarifverträgen zu zwingen, dann nur darum, um die



erreichten Erfolge ihrer Spaltung und Zuhälterei innerhalb der Betriebe durch Leih- und Werkvertrag, nicht durch Gewerkschaften und Streiks kaputt machen zu lassen, die sich nicht mit dem Erbetteln von Almosen zufrieden geben, sondern wenigstens noch ein Stück weit die Kollegen im Streik organisieren.

Deshalb fordern wir:

Sofortige Kündigung der Leiharbeits-Tarifverträge!

Gleicher Lohn und gleiche Rechte für gleiche Arbeit!

Gesetzliches Verbot von Leih- und Werkverträgen!

Wu

Arbeiten in der Zuhälterei - oder für eine bessere Zukunft?

Du bist nicht in Ausbildung oder an der Uni, bist keiner der 1/4 Million arbeitslosen Jugendlichen? Du hast also Arbeit? Du hast einen unbefristeten Vertrag und Dein Chef hat Dir versprochen, dass er Dich auch nächstes Jahr nicht rauschmeißt?



links: bewaffnete Arbeiter in Berlin Januar 1919. So wie der Tarifvertrag damals Gesetz wurde, um die Revolution abzuwürgen, so machte die Sozialdemokratie aus den Arbeiter- und Soldatenräten Räte, die weder gesetzgebende noch vollziehende Gewalt haben. Als Ergebnis blieben die heutigen Betriebsräte.

oben: Ein ganz besonderes Exemplar dieser heutigen Betriebsräte: Bernd Osterloh, IG Metall und Betriebsratschef von VW. Er darf jetzt sogar ein bißchen Aufsichtsratschef spielen, weil sich die VW Kapitalisten gerade uneins sind, wie sie in Zukunft den meisten Profit aus ihren Arbeitern noch überhaupt auspressen und gleichzeitig die Konkurrenz angreifen können.

Du arbeitest nicht bei einer Firma, die über einen Werkvertrag in einem Großbetrieb das Lager betreibt oder die Kantine und Euch dafür um 20-30% weniger bezahlt, als die Kollegen, die diese Arbeit früher gemacht haben? Du arbeitest nicht als Leiharbeiter, wo Du genauso beschissen bezahlt wirst wie ein Werkvertrügler, aber dafür noch von Deinem Chef wie ein Sklave heute an die eine Firma verkauft wirst und morgen an die andere?

Wenn Du glaubst, dass Dich das alles nicht betrifft, dann gehörst Du zu einer Minderheit unter der Jugend.

Auf Dich trifft eines oder gar mehreres zu? Dann gehörst Du zur Mehrheit der werktätigen Jugend in diesem Land, die zwar arbeitet, aber immer weniger weiß, wie sie davon leben soll, was morgen mit

ihrer Arbeit wird oder wo sie im nächsten Monat arbeiten wird.

Du denkst wir sind wenige? Ist über die Hälfte von über 3 Millionen Jugendlichen bis 25 Jahren, die überhaupt eine Beschäftigung haben, wenig? Wenn heute jemand allen von befristeter Arbeit, Leih- und Werkverträgen betroffenen Jugendlichen in der BRD das Kommando gäbe: Alle Sammeln!

Wir würden sehen: Wir sind eine ganze Armee!

Gerade als Leiharbeiter sind wir das Kommandieren gewöhnt: Heute hier, morgen dort. Heute produzieren wir Autos bei Audi in Ingolstadt und morgen Unimogs fürs Militär bei Daimler in Wörth.

Die Ausbreitung von Leih- und Werksverträgen hat uns auch wieder ein Stück mehr kriegsverwendungsfähig gemacht. Wie das?

Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ungleiche Rechte für gleiche Arbeit. Das spaltet die Kollegen. So wie der tägliche Rassismus. Das erschwert den gemeinsamen Kampf gegen die Chefs fürs tägliche Auskommen ungemain.

Und bei der Leiharbeit kommt noch hinzu, dass wir nicht mehr frei darüber entscheiden, für welchen Betrieb wir arbeiten wollen, in welcher Produktion wir arbeiten wollen, an welchem Ort wir arbeiten wollen. Das macht unser Zuhälter, sprich, unser Verleiher für uns. Und wer seinem Zuhälter kündigt, wird durch die Arbeitsagenturen oder Jobcenter bestraft und wieder unter die Knute des nächsten Zuhälter gezwungen.

Genau das ist es aber, was die Monopole brauchen, wenn sie eine Kriegswirtschaft organisieren wollen und müssen. Das freie

Kommando über die Arbeiter. Die ungehinderte Verfügbarkeit aller Arbeitskräfte für ihren Zweck. Im Krieg brauchen sie die Arbeiter nicht nur als Soldaten unter ihrem Kommando, sondern damit sie heute in München und morgen in Bremen, heute das und morgen was anderes herstellen, was das Führen eines Krieges eben gerade erfordert.

Ja, wir sind heute schon eine ganze Armee aus Leih- und Werkvertrüglern. Und das gerade unter der werktätigen Jugend.

Die Frage ist nur die: Lassen wir uns in den Krieg der Monopole gegen andere Völker kommandieren?

Besser wäre doch: Kommandieren wir uns selber in den Kampf für unsere Klasse gegen die Herren der Banken und Konzerne. Kämpfen wir für eine Welt in der die Herren Banken und Unternehmen, ihre Regierungen und ihr Staat nicht mehr das Sagen haben und auf Kosten unserer Arbeit leben. Kämpfen wir für eine Welt der Arbeiter.

Wu

Zahlen und Fakten zusammengetragen und berechnet aus (Stand 14.04.2015):

- <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1314.pdf>,

- <http://www.igmetall-nrw.de/themen/werkvertraege>

- http://www.ig-zeitarbeit.de/system/files/2015/150323_igz_ausgabe_1-15_druck_final_1.pdf

- <http://www.ig-zeitarbeit.de/zeitarbeit/datenfakten/zahlen-zur-zeitarbeit>,

- <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb2014.pdf>

Nur 1/3 unbefristet übernommen

Derzeit werden rund 2/3 aller Auszubildenden in ihrem Betrieb übernommen, aber fast die Hälfte nur befristet. Sprich nur noch rund 1/3 aller Auszubildenden wird heute nach der Ausbildung unbefristet übernommen!

Alle 3 Monate ein neuer Zuhälter

Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer bei ein und derselben Leiharbeitsfirma schwankte zwischen 2010 und 2011 zwischen 2,9 und 3,4 Monaten. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren lag diese 2011 sogar nur bei etwa 2,5 Monaten. Heute sieht es nicht besser aus.

*Ihr wisst es: Sie sind wieder da. Braucht nur nach rechts zu schauen.
Sie schreien in schneeweißen Westen "Hurra", die Hemden darunter sind braun.*

*Und sie lehren die Kinder, ihr Land geh' bis Polen,
und es gäb' auch dahinter noch manches zu holen,
noch manches zu holen.*

*Die Kinder sagen wieder Stettin und lesen bei Lampenschein,
wie mutige Männer 'gen Russland ziehn, und würden es selbst so gerne sein.*

Und sie lehren die Kinder, ihr Land geh' bis ...

*Ach, sagt nicht: "Seht, die Zeit verrinnt, und mit ihr gehn auch sie."
Und wartet nicht, bis sie am Ende sind, ein Ende erlebtet ihr nie!*

Und sie lehren die Kinder, ihr Land geh' bis ...

So schrieb Hartmut König, 1967 in der DDR sein Lied: „Denn sie lehren die Kinder“ Und heute?

Stehen deutsche Armee und Polizei längst schon wieder in Polen und noch weiter im Osten.

Schritt für Schritt versucht dabei der deutsche Staatsapparat das Kommando über immer größere Teile der polnischen Polizei und Armee zu erhalten.

So fanden allein im letzten Quartal 2014 12 Ausbildungsseminare und Schulungen für polnische Polizeieinheiten unter Führung der deutschen Bundespolizei statt. 9 davon in Polen selbst. Allein in diesen 3 Monaten waren dafür 151 Bundespolizisten im Einsatz.(1)

Dabei wurde auch das neue deutsch-polnische Polizeiabkommen geschult, welches

Auch der mögliche Konkurrent USA demonstrierte Stärke und Präsenz mit einem Konvoi aus über 100 Militärfahrzeugen und 500 Soldaten quer durch Osteuropa bis ins bayrische Vilseck, der nicht wie üblich über Eisenbahn sondern demonstrativ über die Straße gefahren wurde.

*Wozu? Das sagte der Kommandant des US-amerikanischen Flugzeugträgers „Roosevelt“ bei seinem zeitgleichen Besuch vor der britischen Küste:
„Das soll für befreundete Staaten angenehm sein, für feindliche unangenehm.“*

Wir wissen nicht wie es für Merkel und Co. war, vermutlich aber eher unangenehm, was die Konkurrenz da so machte.

2014 im Mai beschlossen wurde und am 9. Juli in Kraft treten wird.(2) Dieses ermöglicht der deutschen Polizei nun auch offiziell, was sie bereits seit Jahren praktiziert. Jagd auf Menschen in Polen und insbesondere Jugendliche machen, diese mit der Waffe in der Hand einschüchtern und bedrohen. So wie wir als Unterstützer

Und wartet nicht, bis am Ende sie sind, ein Ende erlebtet ihr nie

der internationalen Antikriegsaktion 2011 in einem kleinen polnischen Städtchen es erlebten, als uns deutsche Polizisten in Zivil aufforderten, uns von ihnen zu entfernen und dabei kurz ihr Hemd lüfteten, worunter eine Pistole zu sehen war. Die örtliche Pfarrhaushälterin mit der wir damals ins Gespräch kamen, bestätigte, dass es normal sei, dass deutsche Polizisten Jagd auf polnische Jugendliche machen, angeblich, weil sie Autodiebe seien.

Es gab schon ein deutsch-polnisches Polizeiabkommen. Mit dem neuen wird es jetzt aber auch offiziell sein, dass deutsche Polizisten in Polen jagen und verhaften dürfen. Übrigens selbst dann, wenn eine Tat nur nach deutschem Recht eine Straftat ist, nach polnischem Recht aber nur eine Ordnungswidrigkeit. Außerdem ermöglicht dieses Abkommen jetzt verdeckte Ermittlungen deutscher Polizisten in Polen. Und die deutsche Polizei darf nun in Polen auch präventiv tätig werden. (3) Und der Aktionsradius im Vergleich

zu den alten Abkommen wurde deutlich über die bisher geltenden 30 km hinter der Grenze ausgeweitet.

Theoretisch darf die polnische Polizei nun ähnliches in Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Aber allein aus den obigen Zahlen des letzten Quartals 2014 wird deutlich, wer hier wen ausbildet, nämlich die Bundespolizei die polnische Polizei in der Hauptsache und nicht umgekehrt und in welchem Land die Schulungen stattfinden, nämlich in der Mehrheit in Polen. Da wird klar, wer hier das Sagen hat und gegen wen dieser Vertrag gerichtet ist - gegen das polnische Volk.

Und genauso wie bei Polizei, Zoll und anderen Behörden Polens wird auch versucht, immer weitere Teile der polnischen Armee unter deutsches Kommando zu stellen. Offiziell wie auch bei der Polizei in Form von Kooperationsabkommen, so auch das letzte Abkommen aus dem Jahr 2013 zur verstärkten Zusammenarbeit der Marine oder dadurch, dass man 119 Leopard-2-Panzer an Polen abgibt. Natürlich nicht ohne eine engere Heereskooperation im Oktober letzten Jahres zu vereinbaren. Schließlich müssen die Polen ja erst mal unter deutscher Führung das Leo-2-Panzerfahren lernen...

Oder wie es die Bundeswehr formuliert: „Mit Umsetzung dieser Maßnahmen erreicht die Kooperation zwischen dem Heer und den polnischen Landstreitkräften ein bisher nicht dagewesenes Niveau. Polen wird für das Deutsche Heer zu einem der engsten Partner innerhalb Europas. „Es ist im Sinne Europas, wenn Deutsche und Polen näher zusammenarbeiten“, äußerte auch Generalleutnant Kasdorf bei einem Pressestatement.“ (4)

Wen sollte es dann wundern, dass bei den Kämpfen in der Ostukraine plötzlich deutsche Panzer zu sehen sind - Ach ja, sind ja dann keine deutschen mehr, gehören jetzt ja den Polen und die deutsche Regierung wird wiederum nicht wissen, wie die dort hingekommen sind...

Durch Polen, Estland, Lettland und Litauen marschierten allein im letzten Jahre 5200 Bundeswehrsoldaten in großen Manövern oder waren dort schon stationiert. Die Bundeswehr veröffentlichte eine Karte mit ihren diesjährigen 25 Großmanövern. Mit 14 die Hälfte davon allein in Osteuropa und der Ostsee.

Ganz offen rüstet also die deutsche Reaktion für den nächsten Ostlandritt. Und der geht nun mal zuerst über Polen und seine Nachbarstaaten als Aufmarschgebiet. In den Worten des Generalleutnant Jörg Vollmer, Kommandeur Einsatz und Stellvertretender Inspekteur des Heeres bei der Inspektion in Litauen, Lettland und Estland zur Vorbereitung der Stationierung weiterer Bundeswehrsoldaten: „Das Pendel ist umgeschwungen: Von Afghanistan zu den baltischen Staaten.“(5)

Aber nicht mit uns! Nicht ein drittes Mal! Deswegen: Beteiligt Euch an der internationalen Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Fahrt mit!

Und wer nicht mitfahren kann: Sammelt Spenden. Oder legt zusammen und kauft eine Siegesanleihe. Wu

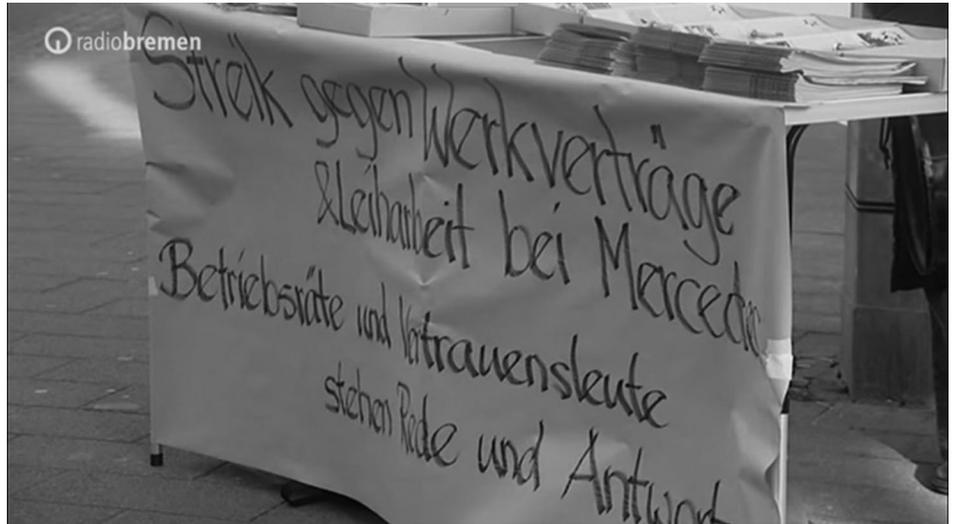
(1) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/039/1803979.pdf>

(2) <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2014/05/deutsch-polnisches-polizeiabkommen.html>

(3) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/036/1803696.pdf>

(4) http://www.deutschesheer.de/portal/a/heer/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy-8xBz9CP315EyrpHK9jNTUv1wkHxKq15y-f15qCYgsc0ryQSS6UWJf1FegX5RSU51Jn-SoiKgfF5min6kgaGLk4GpAQwY1liGert5W-VoaWLP40gXpF-TmOgIASKTzPA!!/

(5) http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_aDcBQfRmCYh481Ctt-7QNYaXJlnVTL368ycEZeId5DD6xNvuNol-fi7Bd84DDRcfzAmLYILy5SV0iU6a1BqCS8t-88cYOIctFFDVqqM4pUFVhZdmiki1QDNOB-jrOmPNP_Z76K_nvdtZ6y7dDdeUTj8_y5PS/
Stand: 25.04.201



Die Kollegen bei Daimler Bremen haben im vergangenen Jahr drei mal gegen die Pläne ihrer Werkleitung gestreikt, noch mehr Leiharbeit, Fremdvergabe, Arbeitszeitflexibilisierung und Sonderschichten einzuführen. Darauf antwortete die Werkleitung mit 761 Abmahnungen und Verhören mit den mutmaßlichen Rädelsführern. Doch die Kollegen lassen sich davon nicht entmutigen! Mit einer Sammelklage wollen sie gegen diese Abmahnungen vorgehen und sind sich bewusst, dass es hierbei am Ende nicht nur um ihre Abmahnungen geht, sondern um ein politisches Streikrecht, was in den anderen Ländern der EU längst gilt, wie in der europäischen Sozialcharta festgeschrieben.

Gegen diese Abmahnungen war in Bremen auch die FDJ aktiv, zusammen mit dem Roten Pfeffer, einer Gruppe oppositioneller Betriebsräte und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD. Im Bremer Stadtteil Gröpelingen sammelten wir über 761 Unterschriften unter einer Erklärung für die 761 abgemahnten Kollegen und ihren Kampf gegen Leiharbeit und Werkverträge.

Diese 761 Unterschriften überreichten wir den Daimler Kollegen auf einer ihrer Versammlungen.

Es wurde ein Transparent gemalt, auf welchem die Erklärung zu lesen war und die Zahl der Gröpelinger, die sie unterzeichnet hatten. So zogen wir mit diesem Transparent und lauter Musik von der Agitproptruppe Roter Pfeffer morgens vor's Werkstor, um den Kollegen zu zei-

Gegen Abmahnungen bei Daimler

gen, dass sie nicht allein da stehen mit ihren Forderungen und um sie zu ermutigen, den Kampf weiter zu führen. Auch in Gröpelingen war dieses Transparent zu sehen, am Stand der oppositionellen Daimler-Betriebsräte, die mit uns in Gröpelingen waren, um mit der Bevölkerung über ihren Kampf zu sprechen, den Kampf gegen Leiharbeit. Auch weiterhin werden wir nicht aufhören die Kollegen in ihrem Kampf zu unterstützen, gegen Rechtslosigkeit und Hungerlöhne, gegen Leiharbeit und Werkvertrag, denn solche Arbeitsverhältnisse sind ein Skandal.

Ni





Klassenkampf statt Weltkrieg unterwegs in Hamburg, unterwegs in der Hansestadt: zwischen Daimler, Airbus, Blohm+Voss und Jungheinrich ging es an verschiedene Berufsschulen, nach St. Pauli, Wilhelmsburg und Altona-Ottensen.

Wir haben gute Tage verbracht in Bayern, NRW, Hamburg, ... Am 8. Mai starten wir von Berlin nach Warschau.



Der Zug der Befreiung ist aufgerüstet: Eine Reichstagskuppel erobert durch den Widerstand - ist er der Widerstand gegen den Hitlerfaschismus oder gegen

den neuen, kommenden deutschen Krieg?! Die Rakete kennt ihr schon - aber was ist das für ein Krokodil, dass die Kanzlerin Merkel mit seinen Blicken verfolgt und sie auf die Rakete zu treiben scheint?

Und was hat das alles mit der Solidarno's'c oder der Lenin-Werft zu tun? Kommt mit und findet es selbst heraus, warum dem ganzen Zug inzwischen ein T34 Panzer folgt!



Weitere Infos unter:
www.himmlischevier.de



Eine wärmste Empfehlung, sich den Dokumentationsfilm

„An der Saale hellem Strande“

anzusehen!

„Herr Kohl, wollen Sie mir die Hand schütteln?“ fragt einer gleich zu Beginn des Films (Kanzler Kohl steigt aus einem Helikopter des Bundes-Grenz-Schutzes, um vor denjenigen Werken, um die es hier gehen soll, zu sprechen, umringt von „hoffnungsvollen“ DDR'ern), der schon viel früher verloren hat, was gleich in die Luft gehen wird. Es ist eines der fünfgrößten Industriekombinate der bereits annektierten DDR und größter Carbid-Produzent der Welt, was da vor die Hunde geht. Ja, wir sprechen von Chemie, von Synthesekautschuk, die Polymerisation von Butadien mit Natrium – auch „Buna“ genannt und schreiben die so genannte „Wendezeit“. Die Buna-Werke sind Geschichte, einer blühenden, die jetzt leer steht, verfällt, und „nicht verstanden wird, warum (...)“ das alles nicht mehr ist, wie zwei Schkopauer erzählen. Es soll um ein Klubhaus in einer Stadt, Schkopau, gehen, das „die größten der Welt“ bei sich auftreten lies und stellvertretend für den Aufbau einer Kultur eines Volkes sein soll, welches eben nicht Halt! schrie, als man es ihnen wieder nahm. Die Kultur, nicht das Haus, ein prachtvolles, das jetzt prachtvoll verfällt, wurde genommen oder sich nehmen lassen.

Schkopau, Sachsen-Anhalt, zwischen Merseburg und Halle, hier ließen die Nazis 1936 ein Werk errichten, dass die Rohstoffknappheit kompensieren sollte. Kautschuk macht Reifen und der Deutsche rollt(e) gern gen Osten. Aber es herrschte die Befreiung ab dem 08. Mai 1945, es galt etwas aufzubauen in der SBZ, der Sowjetisch-Besetzten-Zone. Doch die Nazis hinterließen „eine geistige Wüste“ (Zitat eines der ersten Kulturbeauftragten der DDR). „Sieg heil!“ und Goethe, Brecht und Einstein ins Feuer - und jetzt ein neues, ein besseres Leben? „Die Russen hatten gleich mit der Brotverteilung die Theater eröffnet“. „Wissen sie, Kunst zu genießen, das bedarf der Bildung“ sagt einer, der das alles mit aufbaute. Die Kunst gehört

dem Volke (Lenin), das Volk braucht also Bildung, die Kulturbarbarei der Nazis muss gebrochen werden. So entsteht mit der jungen DDR eine ganze Kulturbewegung. Kein Zufall, dass sie zeitgleich mit der Schulreform begann. Aber noch mal zu dieser Zeit: Die Theatereröffnung durch die Russen war notwendig, denn „die Russen wussten mehr über die deutsche Kultur, als die Deutschen.“

Es ist die Zeit, in der die Intelligenz zurückkehrt aus dem Exil. Brecht, Bloch, Meier und wie sie alle hießen und viele mit dem Ziel Ost-Berlin, denn dort passierte

„Ein Kulturhaus erzählt!“ von Kunst, Kultur, dem Klassenkampf und dass man seinem Feind nicht die Hand reicht!

was. Ein neues Bewusstsein, ein sozialistisches sollte geschaffen werden. Und dazu brauchte es die Übertragung auf die Arbeiterklasse.

Gerade dort, wo die Betriebe sind, entstehen Klubhäuser (in Schkopau 1952). Das sind Häuser, die dem Volk gehören und ihm dienen sollen. Das Volk erbaute sie und ist stolz, aber auch steif - Walther Ulbricht, der das ganze begleitet, er steht neben, nicht unter ihnen. „Das alles liesen wir uns was kosten, denn wir wollten ja auch ernten“ (so nicht Ulbricht, sondern eine andere Zeitgenossin) - wie richtig und wie falsch. Die Planerfüllung steht nur dann, wenn auch der Kulturplan vollbracht ist. Es werden Kulturfunktionäre in den Betrieben benannt, die Arbeiter beginnen tatsächlich ihre eigenen Stücke zu schreiben, denn das Klubhaus bringt es ihnen bei und in der Pause (wohlgemerkt 12 Stunden-Schichten in der Anfangsphase!) werden Opern besucht. Nicht die maximale Ausbeutung, sondern der neue Mensch ist das Ziel. Bald folgten Einladungen durch die KPD im Westen, das Klubhaus sollte auftreten mit ihren selbst geschriebenen Stücken über den Neuaufbau im neuen

Land. Dann ist es eben der Maiskolben, der wächst und neu angebaut wird, den das Ballettstück sich zum Inhalt nimmt. „Ihr mit euren 150g Butter und Margarine!“ reagiert der Westen auf sie, was die Darsteller gar nicht verstehen wollten, denn „was hat denn unsere Kultur mit unserer Butter zu tun?“. Dann wurde eben „Auf auf zum Kampf“ gesungen, „obwohl keiner in der Partei war“ (und es gar nicht sein wollte und nie wurde).

„Wir versuchen, wir probieren aus“

Wir sind Arbeiter, die jeden Tag in der Fabrik arbeiten, „wir wollten nicht auch noch die Fotos nur in der Fabrik schießen“ berichtet ein stolzes Mitglied des Fotozirkels (einer von dutzenden Zirkeln, die es im Klubhaus für alle gab). „Landschaftsbilder waren schön!“. Was für eine Szene im Film. Die DDR war nicht einfach steif, nein, die Arbeiter machten das ihrige, weil sie es so wollten, bewusst. „Nur die rote Fahne durfte nicht in den Dreck fallen“. Und das war übrigens nicht der Grund, warum man teilweise später Herrn Kohl die Hand reichen wollte, im Gegenteil. Recht hatten sie, es war eben die offene Debatte, die es brauchte.

„Aufruf: Greift zur Feder, Kumpel!“

Es braucht die Literaten aus der Fabrik und dazu sollen die Schriftsteller auch noch in die Betriebe und es vormachen und vor allem selbst an die Maschinen (und die Intellektuellen fragten zweifelnd: „Gehen die abends noch ins Theater?“: Ja!). Es gilt, „die Trennung von Kunst und Leben aufzuheben!“. Zeitgleich in der BRD galt jetzt: „Arbeiter, greif zur Waffe und marschiere wieder wie eh und je!“.

Noch mehr? Bitte!

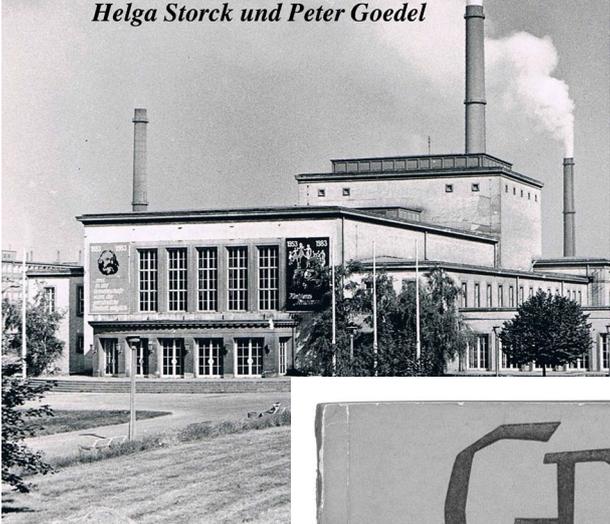
„Bringt die Arbeiter zum Singen!“

„Der Zirkel der komponierenden Arbeiter braucht Leiter und erfahrene Komponisten (...)“ - wie bewerkstelligen wir das? Fragen, die es zu beantworten gilt oder wollen wir auf halber Strecke stehen bleiben?

AN
**DER SAALE
 HELLEM STRANDE**

EIN KULTURHAUS ERZÄHLT

Ein Dokumentarfilm von
 Helga Storck und Peter Goedel



„Die Russen hatten gleich mit der Brotverteilung die Theater eröffnet...“

„Wissen sie, Kunst zu genießen, das bedarf der Bildung...“

„Die Kunst gehört dem Volke (Lenin), das Volk braucht also Bildung, die Kulturbarbarei der Nazis musste gebrochen werden. So entsteht mit der jungen DDR eine ganze Kulturbewegung. Kein Zufall, dass sie zeitgleich mit der Schulreform begann...“

„ ‘Thr mit euren 150g Butter und Margarine!’ reagiert der Westen auf sie, was die Darsteller gar nicht verstehen wollten, denn ‘was hat denn unsere Kultur mit unserer Butter zu tun?’“

Dann wurde eben ‚Auf auf zum Kampf‘ gesungen, ‘obwohl keiner in der Partei war‘ “



„Die Theatereröffnung durch die Russen war notwendig, denn ‘die Russen wussten mehr über die deutsche Kultur, als die Deutschen.’“



„Der tanzende Arbeiter“

„Man hat geglaubt, dass die Arbeiter die gleiche Leistung bringen können, wie die Profis“ und es wurde die Leistung der Arbeiter.

„Der singende Arbeiter“

„Wie studieren wir die Werke ein“? In dem man ihnen - wenn möglich - die Zeit gibt und einmal im Jahr sogar freistellt, denn zu den Arbeiterfestspielen brauchte man schon eine Darbietung.

„Die Buna-Werke wurden zur Vorstadt-Universität“. Es gelang aber nicht, diese Bewusstseinschaffung aktiv von den Zirkelleitern auf alle zu übertragen. „Es war eben die Freude am Gestalten“. Die geschaffenen Kunstwerke deckten die eigenen Widersprüche auf „und das war unbeliebt“.

Das Niveau nimmt ab, „ab den 70ern war die große Zeit der Clubhäuser vorbei“. Es wird gequitzt und unterhalten, das Vorankommen steht nicht mehr im Mittelpunkt.

Geschaffen wurde viel. Die Schkopauer, die berichten, fragen sich, ob sie heute ins Theater gehen oder ein Buch lesen würden, wenn sie das nicht erlebt hätten. Das heute und die Treuhand (die 1990 alles verscherbelte) werden erwähnt. „So ein großartiges Haus, das kann ich heute niemandem erklären, dass ich das schon als Kind erlebt habe“.

Der Film beginnt mit dem Ende, dem Zerfall und der Sprengung. Kohl, dem man die Hand reichen will, ist im Hintergrund zu hören: „(...) Meine Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Buna: Sie haben einen ganz wesentlichen Anteil gehabt, dass 1989 die große Wende möglich war. Ich bin nicht gekommen, um ihnen Versprechungen zu machen. Ich bin hergekommen, um ihnen zu sagen: Wir wollen, dass hier in diesem Chemiedreieck die Chemie weiter existiert. Und zwar nicht nur duldsam und zähneknirschend. Sondern dass die Menschen in die Betriebe gehen können und sagen: Das ist unser Betrieb! Und wir sind stolz darauf, dass wir was auf die Beine stellen. Und wir sind genau so gut, wie die in Leverkusen, in Ludwigshafen oder in Frankfurt (...)“. Bitte schön!

Ja





Erinnert sich eigentlich noch jemand an Athina Onassis? Nee, oder? Von der hört man zur Zeit ja gar nix. Dabei war sie als milliardenschwere Erbin des griechischen Großreeders Onassis doch mal in allen Klatschblättern. Und davor ihr Großvater, wie der Jaqueline Kennedy geheiratet hat, nachdem deren Mann ja erschossen wurde. Ach ja...

Nur warum hört man gerade nichts von den Reichsten der Reichen Griechenlands? Von den 2000 Familien, die 80% des griechischen Vermögens besitzen? Von denen, die ihr Geld gerade ins Ausland schaffen und z.B. in Immobilien in Berlin investieren, wo es sich für sie lohnt?

Warum kommt in allen Kanälen nur, die Pleitegriechen sollen doch endlich mal sparen, ihre Frührenten abschaffen, ihre Steuern richtig zahlen, ihren Mindestlohn verringern und sich verdammt noch mal freuen, wenn die Deutschen ihre

Jeden Cent, den der deutsche Imperialismus heute für seine alten Verbrechen bezahlen muss, fehlt ihm bei seinen kommenden Verbrechen.

*Und nicht nur jeder Cent. Schon seit dem Jahr 2000 gibt es das Urteil eines griechischen Gerichtes, dass z.B. das Göthe-Institut in Athen als Pfand für unbezahlte Reparationen für das Massaker der deutschen Wehrmacht im Dorf Distomo gepfändet werden darf. Nachdem mittlerweile bekannt ist, dass die konterrevolutionären Banden in der Ukraine ihre Ausrüstung u.a. von einer „Nichtregierungsorganisation“ „Open Dialogue Foundation“ erhalten haben, welche auch vom Göthe Institut in Warschau gesponsert wird, ist sicher nicht das schlechteste für den Frieden getan, wenn diese ganzen Institute von Warschau bis Athen von den jeweiligen Gastgeberländern geschlossen würden. Auch deshalb ist es wichtig, die deutschen Verbrecher dafür bezahlen zu lassen:
Für den Frieden heute!*

Flughäfen kaufen wollen. Und manchmal kommen dann auch Berichte darüber wie schlecht es der griechischen Bevölkerung gerade geht. Dass die Armut drastisch gestiegen ist, vor allem die Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen von Lohnkürzungen und Steuererhöhungen betroffen sind. Dass 2/3 der Jugend ohne Aussicht auf richtige Arbeit und ein eigenes Leben unabhängig von den Eltern dasteht. Dass die Säuglingssterblichkeit um 43% gestiegen ist, und die HIV-Neuinfektionsrate und die Zahl der Suizide um 45%. Nach zwei Jahren ohne Arbeit verliert man die Krankenversicherung, deshalb stehen fast 1 Million Menschen ohne da. Krankenhäuser schließen, Behandlungsgebühren vervielfachen sich. Es sterben immer mehr Menschen, verhungern einfach.

Und manchmal kommen auch Berichte über die griechische Armee, die größte Panzerarmee Europas und dass die deutsche Rüstungsindustrie dort kräftig verdient hat, dort mehr Panzer deutscher Fabrikation stehen, als in der gesamten BRD.

Ja und der Durchschnittsdeutsche fragt sich dann: Warum eigentlich geht es den Menschen so schlecht? Wir haben doch so viel Geld in dieses Land gepumpt? Wo ist denn das hin?

Griechenland hat bislang knapp 230 Milliarden an „Hilfen“ erhalten. Deutschlands Beitrag liegt bei 53,5 Milliarden Euro. Dieses Geld war aber nicht dafür da, um „den Griechen zu helfen“, sondern floss zu über 90 Prozent wieder in den Finanzsektor. Es ging um das „Vertrauen“ der Finanzmärkte anstatt um die griechische Bevölkerung. Das heißt, die internationalen privaten Gläubiger - auch deutsche und französische Banken, Hedgefonds und Versicherungen, die griechische Staatsanleihen besaßen und damit spekulierten - wurden damit zum großen Teil ausbezahlt. Hatte Griechenland im März 2010 ausschließlich Schulden bei privaten Kreditgebern, liegen heute über 80 Prozent der Schulden bei öffentlichen Institutionen. So wurden Griechenlands Schulden sozialisiert - von privat zu öffentlich. Heißt dass ab jetzt die Völker mit ihren Steuergeldern das Ende des kranken Systems herauszögern sollen.

Und in dieser Frage scheinen sich auch alle diese siechenenden imperialistischen

Staaten einig zu sein. Sind sie es aber nicht. Es müßte ihnen ja egal sein, woher das Geld kommt, womit Griechenland die Schulden bezahlt. Ist es aber nicht. Aus Russland oder China darf es nicht kommen. Damit könnte das Land ja unter deren Kontrolle kommen und damit dem deutsch-dominierten Europa aus den Händen gleiten. Bloß nicht. Sie stellen sich vor, wie diese riesige griechische Panzerarmee in die Hände von Russland kommt, gegen das man ja gerade in den Krieg hetzt.

Die Kapitalisten selber wissen nicht, ob morgen der Euro noch existiert, ob morgen Griechenland noch in der EU ist und unter welchen Bedingungen. Kurz und gut, sie wissen nicht, wie sie aus dem ganzen Schlamassel wieder heraus kommen sollen.

Das ist aber ihr Problem. Nicht unseres. Unser Problem ist, dass es absehbar ist und täglich offensichtlicher wird, dass es ökonomisch nicht zu lösen ist, auch nicht durch einen Schuldenschnitt. Dann kollabieren nämlich ihre Banken erneut. Es wird für sie nur mit Gewalt gehen. Oder wie will man in Zukunft bei einem hungrigen Volk Steuern eintreiben?

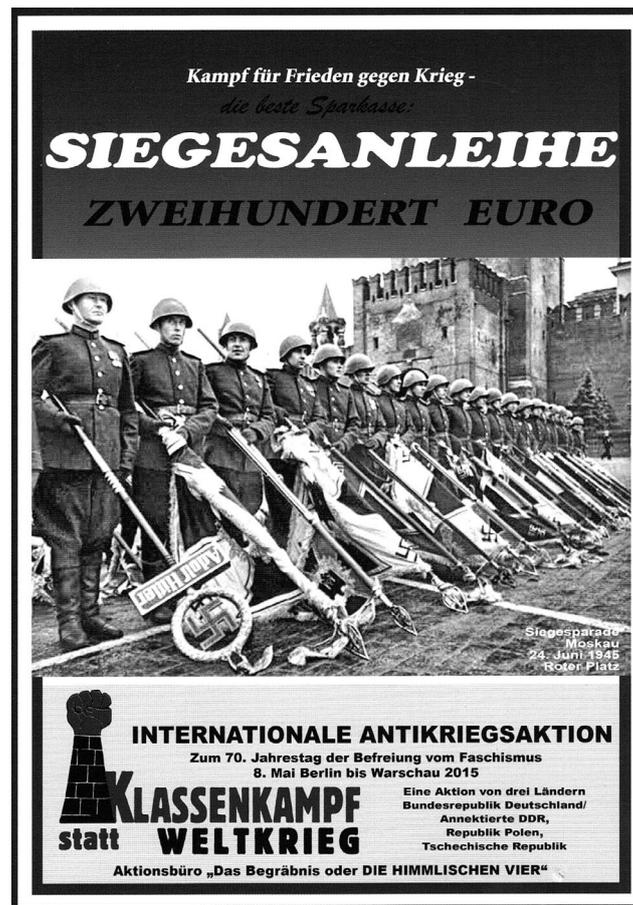
Wer wird denn diese Gewalt ausüben? Es wird nicht eine Familie Quandt von BMW nach Griechenland fahren und ihre neuen Untertanen gnädigst um ihren Steuer-Obolus bitten.

Und es wird nicht bei den hunderten deutschen Staatsbeamten und anderen Lakeien des deutschen Kapitals bleiben, die heute schon freiwillig diese Arbeit in Griechenland und anderswo machen.

Wenn wir nicht wollen, dass wir von ihnen kommandiert werden, weder als Steuereintreiber noch als Besatzungssoldat, dann gilt für uns dasselbe, wie für das griechische Volk. So und jetzt sind wir wieder beim Anfang. Solange die Reichen am Hebel sind, solange wir sie nicht enteignet haben, werden sie uns kommandieren. Deshalb gilt heute mehr denn je, unseren Teil dazu beizutragen, was die Kommunistische Partei Griechenlands vor Jahren als Losung auf der Akropolis in Athen entfaltete:

„Völker Europas. Erhebt Euch.“

AnWu



Zur Rückseite:

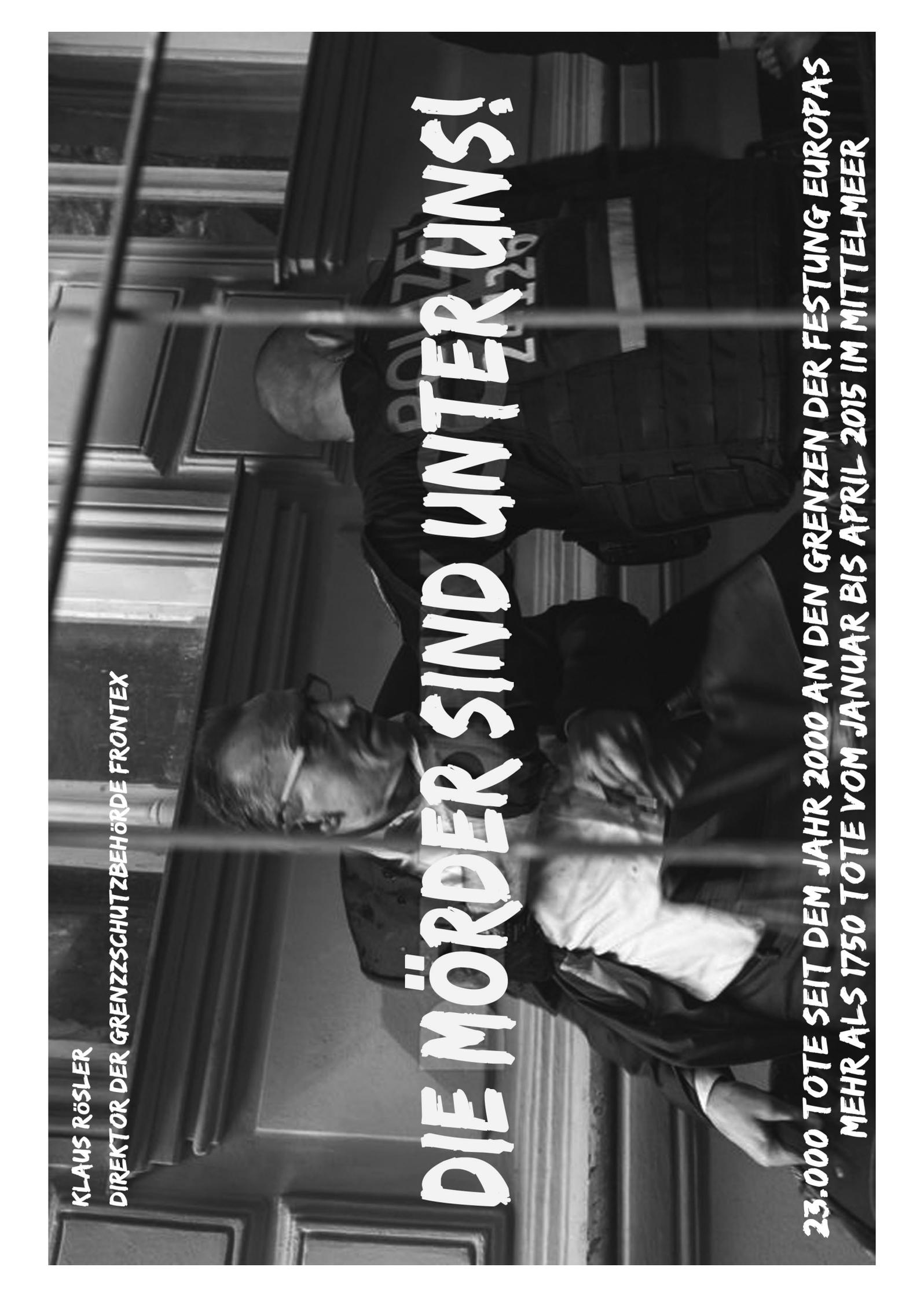
In den Parks der deutschen Städte schlafen Flüchtlinge im Freien neben den Rabatten mit Blumen, die im Gebiet um den Kilimandscharo gezogen werden, was eine Kornkammer Afrikas vernichtet und diese Menschen von dort verjagt hat.

„Wie kein Zweiter verkörpert Klaus Rösler die Entwicklung der Festung Europa. Als Bundesgrenzschützer in Schwandorf hat er in den 1990er Jahren maßgeblich das neue Grenzregime an Neisse und Oder mitentwickelt (...) Klaus Rösler hat in den 1990er Jahren in Schwandorf gegen die kosovarischen, kurdischen, türkischen und irakischen Flüchtlinge die Routen- und Schleierfahndung in der Praxis wie als Konzept erprobt und dann über BGS- und Schengen-informelle Gruppen auf die EU-Ebene lanciert.“ (1)

„Bereits in dem Konzeptpapier von Frontex zur Operation Triton vom August 2014 hatte die Grenzagentur eine zynische Analyse vorgebracht: Die Rettungseinsätze bis nah an die libyschen Küstengewässer heran würden Flüchtlinge und MigrantInnen „ermutigen“, die Überfahrt anzutreten. Das Votum hätte deutlicher nicht sein können: Gerettet werden sollte nur, wer es bis in die 30-Meilen-Zone Italiens geschafft hat. Am 9. Dezember bestätigte dies nun Frontex-Operationsleiter Klaus Rösler in einem Brief an den Direktor der Einwanderungsbehörde und Grenzpolizei des Innenministeriums, Giovanni Pinto. Mit seiner Aufforderungen, keinen Notrufen außerhalb der 30-Meilen-Zone mehr nachzukommen, richtete er sich insbesondere an die italienische Regierung. Die libysche Küstenwache sei bei Seenotfällen außerhalb des Einsatzgebietes von Triton in die Verantwortung zu nehmen.“(2)

(1) <http://ffm-online.org/2014/12/15/ertrinkenlassen-der-aufhaltsame-aufstieg-von-frontex-roesler/>

(2) http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/europa_laesst_weiter_sterben/



**KLAUS RÖSLER
DIREKTOR DER GRENZSCHUTZBEHÖRDE FRONTEx**

DIE MÖRDER SIND UNTER UNS!

**23.000 TOTE SEIT DEM JAHR 2000 AN DEN GRENZEN DER FESTUNG EUROPAS
MEHR ALS 1750 TOTE VOM JANUAR BIS APRIL 2015 IM MITTELMEER**